

politisierten sich, übten einen „Rückzug aus dem öffentlichen Leben“¹⁵⁹⁵, aber intensivierte auch ihre prodemokratischen Überzeugungen. Im Laufe der Beforschung der Studierenden verlor das wenige Jahre zuvor intensiv diskutierte Verhältnis der Studierenden zu Demokratie und gesellschaftlichen Institutionen an prosaisch-dramatischer Qualität, sicher auch schlicht an Aktualität. So geriet unter anderem die anfängliche, an Studien der 1970er Jahre anschließende Frage nach Interdependenzen zwischen perzipierten Berufschancen, gesellschaftskritischen Impulsen und politischer Radikalität aus dem Blickfeld. Zwar wurde das politische Potenzial, verstanden als politische Aktivitätsbereitschaft, von den Autoren des Studierenden surveys unverändert als hoch eingeschätzt, dennoch kommen die hier diagnostizierten Entwicklungen retrospektiv betrachtet einer zukunftsweisenden politischen Ausdifferenzierung und Individualisierung, mithin einer bildungsgesellschaftlichen Modernisierung der studentischen Orientierungen gleich.

Für den politikwissenschaftlichen Blick ist mit diesen Entwicklungen seit den späten 1980er Jahren ein wahrer *evergreen* der Erforschung von Studierenden im Speziellen und Jugendlichem bzw. jungen Erwachsenen im Allgemeinen vorgegeben: die Diagnose eines schwindenden Vertrauens in demokratische Institutionen und eines versiegenden Interesses an der politischen Praxis, vulgo: einer grassierenden „Politikverdrossenheit“.¹⁵⁹⁶

II.3.3 Sinkende Relevanz von Politik, Protestnostalgie und neue Bedenken: die 1990er und 2000er Jahre

Zu Anfang dieses Kapitels ist bereits auf jene Mehrdimensionalität gesellschaftlicher Entwicklungen verwiesen worden, die sich grundsätzlich gegen eine bündige Charakteristik von Dekaden sperrt. Dem ist hinzuzufügen, dass die 1990er Jahre „ein besonders vielschichtiges, auch widersprüchliches Jahrzehnt“, eine spezifische Mixtur aus „Veränderung und Stillstand“¹⁵⁹⁷ beschreiben. Die Wiedervereinigungseuphorie ging zum Tagesgeschäft der Strukturentwicklung der Ex-DDR über, deren Bevölkerung zunehmend von Sorgen um die eigene Existenzsicherung geplagt wurde; vielfach wurde ein „Rollback“ der Liberalisierungserfolge seit „1968“ konstatiert, die soziale Horizontalisierung der Bildungsexpansion stagnierte, und im Zuge neoliberaler Politikmoden sowie des „New Economy“-Booms wurde nicht nur der Sozialstaat, sondern wurden in besonderem Maße auch die Bildungsinstitutionen nach wirtschaftlichen Effizienzkriterien restrukturiert.¹⁵⁹⁸ Wirtschaftsfreundliche Stimmen monierten einen Reformstau im vermeintlich schwerfälligen, überlebten Wohlfahrtsstaat Deutschland,¹⁵⁹⁹ während die zur Mobilisierung ihrer Kräfte aufgerufene Erwerbsbevölkerung zunehmend mit dem von Stefan Hradil beobachteten „Wandel des Wertewandels“, der „neue[n] Suche nach

1595 Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 3.

1596 Ibid., S. 3f.

1597 Walter: Rebellen, Propheten, Tabubrecher, S. 331.

1598 Vgl. *ibid.*, S. 330-335 sowie Kapitel II.1 dieser Studie.

1599 Vgl. *ibid.*, S. 332.

Sicherheit, Ordnung und Gemeinschaft in einer individualisierten Gesellschaft“¹⁶⁰⁰ reagierte: Nicht mehr (nur) Selbstverwirklichungsräume und Autonomiegrade, sondern auch Orientierungsmöglichkeiten und Zugehörigkeiten, Polster gegen die als risikobehaftet und entstrukturiert perzipierte Erwerbs- und Alltagswelt, etablierten sich zunehmend als Sehnsuchtsorte vor allem junger Menschen.¹⁶⁰¹ „Die Klagen über Erschöpfung begannen in diesem Jahrzehnt. [...] Die fortschreitende Mehrung postmateriel-ler Einstellungen stoppte signifikant. Das Pendel des Wertewandels schien zurückzuschlagen, zumindest auszusetzen, zu pausieren.“¹⁶⁰² Entwicklungen, die sich – nicht nur, aber auch – im Zuge der um die Signalbegriffe und Slogans von „Chancen“, „Leistung“, „Bildung“, „Fördern und Fordern“, dem „lebenslangen Lernen“, dem „aktivierenden Staat“ etc. zentrierten *workfare*- bzw. Agenda-Politik der bis 2005 regierenden Koalition von Sozialdemokraten und Grünen in den 2000er Jahren fortsetzten,¹⁶⁰³ und die bis heute das Spektrum gesellschaftspolitischer Kernmaximen dominieren. Denn „das meritokratische Prinzip ist weiterhin common sense, vielleicht zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts stärker denn je.“¹⁶⁰⁴ Leistungs-, Chancen-, und Bildungsgerechtigkeit, im Kern (bildungs-)bürgerliche Maximen und seit dem 19. Jahrhundert als triebstrukturell konditionierte Sklavenmoral kapitalistisch vergesellschafteter Individuen wiederholt ideologiekritisch attackiert¹⁶⁰⁵, ja bei näherem Hinsehen sowohl von der gegenüber dem sozialen „Unten“ sich panzernden gesellschaftlichen Mitte¹⁶⁰⁶ als auch von jungen Erwachsenen¹⁶⁰⁷ mit Zweifeln bedacht, bilden ungebrochen die dominante Deutungsfolie sozialpolitischer Ansprüche, Hoffnungen und Frustrationen, vielleicht tatsächlich das letzte Residuum einer sinnstiftenden und alltagsleitenden „Meistererzählung“¹⁶⁰⁸.

1600 Hradil, Stefan: Der Wandel des Wertewandels. Die neue Suche nach Sicherheit, Ordnung und Gemeinschaft in einer individualisierten Gesellschaft, in: Budrich Journals, Jg. 51, H. 4/2002, S. 409-420.

1601 Vgl. *ibid.*

1602 Walter: Rebellen, Propheten, Tabubrecher, S. 330.

1603 Vgl. Walter: Zeiten des Umbruchs?, S. 88-97.

1604 Walter, Franz/Marg, Stine: Von der Emanzipation zur Meritokratie. Betrachtungen zur 150-jährigen Geschichte von Arbeiterbewegung, Linksintellektuellen und sozialer Demokratie, Göttingen 2013, S. 96.

1605 Vgl. exemplarisch Marcuse, Herbert: Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud [1955], Frankfurt a.M. 1967, S. 49f., vgl. ferner den instruktiven Akzent auf dem Doppelcharakter ideologischen Bewusstseins zwischen „richtiger“ Abbildung gesellschaftlicher Verhältnisse und zugleich „falscher“ Rechtfertigung ebendieser in Lenk, Kurt: Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie, Frankfurt a.M./New York 1984, S. 360f. Zu neueren, wenngleich intellektuell deutlich dürtigeren Versuchen, die im Meritokratiegedanken ein verwerfliches „Verwertungsprinzip“ am Werk sehen, vgl. Ribolits: Abschied vom Bildungsbürger S. 9-20 und Distelhorst, Lars: Leistung. Das Endstadium der Ideologie, Bielefeld 2014, S. 33-55.

1606 Vgl. Walter/Marg: Von der Emanzipation zur Meritokratie, S. 109f. sowie Marg: Mitte in Deutschland, S. 175-182.

1607 Vgl. Schenke et al.: PEGIDA-Effekte?, S. 236.

1608 Vgl. Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin: „Meistererzählung“. Zur Karriere eines Begriffs, in: Dies. (Hg.): Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002, S. 9-31.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum sich die deutsche Studierendenschaft auch in den 1990er Jahren immer weniger durch (fundamental-)oppositionelles Potenzial oder weltanschauliche Antagonismen auszeichnete – eine veritable Trendfortsetzung seit etwa Mitte der 1980er Jahre. Dass die Thematik schon zuvor an gesellschaftlicher Virulenz eingebüßt hatte, spiegelt sich in der bereits erwähnten Begründungsarmut des Interesses am Verhältnis von Studierenden und Politik im zusammenfassenden Bericht zu den ersten drei Studierendensurveys von 1989. Vorerst letztmalig und ohne Erläuterung des zugrundeliegenden Erkenntnisinteresses wurde dieser Bereich im Hauptbericht des 4. Studierendensurveys aufgeführt.¹⁶⁰⁹ Vergleichsdaten erhob man zwar weiterhin kontinuierlich – mit der singulären Ausnahme des 8. Studierendensurveys zur Jahrtausendwende¹⁶¹⁰ –, führte sie jedoch zwischen 1993 und 2012 nach Rücksprache mit dem Auftraggeber nicht mehr auf, einerseits um die Berichte insgesamt zu kürzen, andererseits um Platz für wechselnde aktuelle Themen – zunächst natürlich prominent: die Angliederung der ehemaligen DDR – zu schaffen.¹⁶¹¹ Tatsächlich geht es seit den 1990er Jahren im hier interessierenden Bereich politischer Orientierungen deutlich weniger bewegt zu. Studentische Einstellungsmuster verändern sich, auch bis weit in das neue Jahrtausend hinein, mehr graduell als sprunghaft; der Neuigkeitswert der jeweils erscheinenden Zahlen nimmt angesichts veränderter gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen ab. Diskussionen über die „Politikverdrossenheit“ der (akademischen) Jugend, die bereits in den 1980er Jahren einsetzten, werden in diesem Zeitraum allmählich zur verbreiteten Kerndiagnose. Da – abgesehen von einzelnen Schwerpunktberichten und Zeitungsaufsätzen – die erhobenen Daten nicht mehr auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen rückbezogen und diskutiert werden, mag nun eine geraffte Darstellung der groben Entwicklungen zwischen 1993 und 2007 ausreichen.

Das politische Interesse der Studierenden, nun unter Einbezug der Studierenden in den Neuen Bundesländern und insgesamt als „sattelfeste Demokraten“ bezeichnet¹⁶¹²,

1609 Vgl. 4. Studierendensurvey 1989/90, S. 55-61.

1610 Die Erhebungsdurchführung wird für die 1990er Jahre nachgewiesen im 8. Studierendensurvey 2000/01, S. 5; zur Bekräftigung für das darauffolgende Jahrzehnt vgl. die Zusammenstellung der Zahlen von 1993 bis 2013. im 12. Studierendensurvey 2012/13, S. 48f. und S. 407-438 ferner den Datenalmanach Studierendensurvey 2017.

1611 So die schriftliche Auskunft eines langjährigen Mitarbeiters der AG Hochschulforschung Konstanz.

1612 Bargel, Tino: Studierende und Politik im vereinten Deutschland. Bildung-Wissenschaft-aktuell, H. 3/1994. Tino Bargel stellte 1994 zwar eine stärkere Orientierung der ostdeutschen Studierenden in Richtung einer „schnellen Angleichung der Lebensbedingungen [d. h. sowohl in Bezug auf materielle Sicherheiten als auch hinsichtlich demokratischer Partizipationsmöglichkeiten, J. S.] in den alten und neuen Bundesländern“ fest, ferner eine stärkere Polarisierung in nationalkonservative und „sozialistisch-marxistische“ politische Grundrichtungen, vgl. Bargel, Tino: Zum politischen Potential der Studierenden an Universitäten in Ost- und Westdeutschland, in: hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland, 3. Jg., H. 3/1994, S. 9-18, hier S. 12f. Gewiss haben diese differierenden Orientierungen einen großen Einfluss auf die in den 1990er Jahren schwankenden Zahlen. Dabei scheinen aber wesentliche politische Mentalitätstrends – mit einzelnen Ausnahmen wie der Akzeptanz demokratischer Konfliktivität – bis Ende des Jahrzehnts zunehmend parallel zu verlaufen, vgl. Bargel, Tino: Wandel des politischen Bewußtseins, insbesondere S. 4-6 sowie Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 5. Zudem fehlen gesonderte Auswertungsdaten in den Datenalmanachen, und auch die Hauptberichte des Studierendensurveys füh-

schwankte in jenem Zeitraum, weist insgesamt aber einen abnehmenden Trend auf: Waren 1983 noch 54 Prozent und 1993 noch 47 Prozent von ihnen sehr stark interessiert (5 Prozent überhaupt nicht), sank der Wert zunächst auf 41 Prozent 1998 (8 Prozent überhaupt nicht) und schließlich auf 37 Prozent 2007 (10 Prozent überhaupt nicht). Einen auffälligen Ausreißer bildet das Jahr 2001 mit 47 Prozent sehr starkem Interesse.¹⁶¹³ Immer weniger Studierende beurteilten sich als politisch „links“ oder „rechts“ stehend: Während man noch in den 1990er Jahren auf der Grundlage dieser Zahlen das „linke Potential“ an Universitäten auf etwa ein Drittel beziffern konnte, schrumpfte ebendieses bis 2007 auf ein Viertel, wobei zwei weitere Viertel sich als „eher links“ und mittig einstufen; demgegenüber blieb – hierin relativ stabil – der Anteil der „klar Rechten“ mit 2 bis 3 Prozent (1983: 5 Prozent) wie der „eher Rechten“ mit 10 Prozent (1983: 12 Prozent) marginal.¹⁶¹⁴ Dem korrespondierend, beobachtete man andernorts eine Beschleunigung der Entpolitisierung, einen wachsenden „politischen Rückzug“ der Studierenden und ein massives Misstrauen gegenüber dem Parteiensystem und den demokratischen Institutionen (bei unveränderter Unterstützung der Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen und mehrheitlicher Befürwortung der Demokratie).¹⁶¹⁵ Eine von der ZEIT in Auftrag gegebene Studie von Infratest Burke kam hier allerdings zu provokant abweichenden Ergebnissen einer politisch hoch interessierten Studierendenschaft, einer gesunkenen Parteienverdrossenheit, einer gewachsenen politischen Aktivitäts- bzw. Engagementbereitschaft und einer durchaus gegebenen Kompatibilität mit rechten bzw. autoritären Politikvorstellungen.¹⁶¹⁶

Dass die Studierenden immer stärker in Richtung politischer Abstinenz tendierten, zeigen die Zahlen zum politischen Aktivitätsgrad, zur Protestbereitschaft und zu Werthierarchien: Der Kreis der Inaktiven in allen traditionellen und flexiblen Engagementformen weitete sich aus (Bürgerinitiativen: von 60 Prozent nicht Beteiligten und nicht Interessierten 1995 auf 72 Prozent 2004; Parteien: von 74 Prozent nicht Beteilig-

ren ihre Ergebnisse zu politischen Orientierungen seit der Wiederaufnahme dieses Bereichs 2012 nicht mehr zwischen Ost und West vergleichend auf. Aus diesen Gründen wird die deutsche Studierendenschaft auch hier als Gesamtheit verhandelt.

1613 Vgl. Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 215 sowie Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 7.

1614 Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 13.

1615 Vgl. Brämer, Rainer: Studis im Vakuum. Empirische Befunde zum politischen Rückzug der studentischen Jugend, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 46, H. 4/1993, S. 194–200, zit. nach Demirović, Alex/Paul, Gerd: Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts: Student und Politik in den neunziger Jahren, Frankfurt a.M. 1996, S. 31. Ähnlich aber auch Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 14.

1616 Vgl. Fritz-Vannahme, Joachim: Die optimistische Generation Student '95: Die große ZEIT-Umfrage unter Deutschlands Studenten korrigiert das Klischee von den unpolitischen Bummelanten. Sie halten Werte hoch, engagieren sich in ihrem privaten Umkreis und jobben neben dem Studium, in: Die Zeit, 20.10.1995, online einsehbar unter: https://www.zeit.de/1995/43/Die_optimistische_Generation_Student_'95_Die_grosse_ZEIT-Umfrage [eingesehen am 01.08.2019] Die zugrundeliegende Studie findet sich in Infratest Burke: Student '95. Eine repräsentative Umfrage von Infratest Burke GmbH Berlin im Auftrag der Wochenzeitung Die Zeit, Hamburg/Berlin 1995. Kritiker vermissen hier allerdings eine einordnende Differenzierung der Ergebnisse zwischen Ost und West, vgl. Demirović/Paul: Demokratisches Selbstverständnis, S. 31f.

ten und nicht Interessierten 1995 auf 79 Prozent 2004¹⁶¹⁷; „Umweltschutzgruppen“: 62 Prozent „teilnahmslose“ Studierende im Jahr 2004 statt 43 Prozent 1995!¹⁶¹⁸). Alternative Orientierungen haben unter den Studierenden bis 2004 ihre einstmalige Kohärenz eingebüßt, seien „stärker in einzelne Elemente zerfallen“, bezeichneten mehr entleerte Slogans als spezifische Sets von Denkinhalten und Zielen. Selbstverwirklichung bilde nicht mehr das dominante „Lebensziel“, und auch das Streben nach Autonomie richte sich nicht mehr auf „andere“ Arbeits- und Lebensformen, sondern markiere „vordergründige Selbstbehauptung bei allgemeiner Anpassung und Konventionalität“.¹⁶¹⁹ Demgegenüber fiel die „starke Renaissance der Herkunftsfamilie, verstanden als eine Rückbesinnung auf die private Einbindung und Tradition“¹⁶²⁰, auf. Politische Vorgänge erschienen einem leicht größeren Teil der Befragten komplizierter, die Verantwortlichkeitsempfindung gegenüber Politik sank.¹⁶²¹ Traditionell gering blieb durchweg das Interesse an Hochschulpolitik und studentischer Politik.¹⁶²²

Die demokratischen Einstellungen und politischen Zielpräferenzen bezeugen im betrachteten Zeitraum einen steigenden Wunsch nach Ordnung, Stabilität sowie nach Absicherung gegenüber Risiken und Ängsten,¹⁶²³ aber auch ein robustes prodemokratisches Wertesetting: Die entschiedene Verteidigung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit fiel 2007 mit 77 Prozent der Studierenden zwar geringer aus als in den zwei Jahrzehnten zuvor (die Werte schwankten zwischen 80 und 90 Prozent), blieb aber fraglos hegemonial; auch fand durchweg nur eine verschwindend geringe Minderheit Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung legitim.¹⁶²⁴ Dass Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen dem Gemeinwohl schaden könnten, fanden 1993 nur 18 Prozent der Befragten plausibel, 2004 dann 33 bzw. 2007 28 Prozent,¹⁶²⁵ während das Verständnis für diese Interessenstreits allgemein zwischen 1990 und 2007 von 69 Prozent auf nur mehr 32 Prozent zusammensackte.¹⁶²⁶ Die Priorität des Demonstrationsrechts gegenüber der öffentlichen Ordnung verteidigten 2007 nur noch 31 Prozent der Studierenden statt einer knappen Hälfte wie noch von 1983 bis 1990.¹⁶²⁷ Für eine kritische Opposition optierten immer weniger Studierende (nur noch 22 Prozent entschieden Zustimmende 2004 bzw. 24 Prozent 2007 statt 53 Prozent im Jahr 1990!), während 37 Prozent (2007 gegenüber 20 Prozent 1993) deren Aufgabe vor allem in der Unterstützung der Regierungsarbeit sahen; Das Recht, für die eigenen Überzeugungen auf die Straße zu gehen, wird durchweg von gut 90 Prozent der Studierenden bekräftigt und von fast niemandem bezweifelt.¹⁶²⁸ Bargel leitet aus den verfügbaren Zahlen 1998 ab, dass sich

1617 Vgl. Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 9.

1618 Ibid., S. 10.

1619 Ibid., S. 39f.

1620 Ibid., S. 9.

1621 Vgl. ibid., S. 11.

1622 Vgl. ibid., S. 27.

1623 Ibid., S. 19.

1624 Vgl. ibid. und ibid., S. 21.

1625 Vgl. Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 216.

1626 Vgl. Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 21.

1627 Vgl. ibid.

1628 Vgl. ibid.

die Studierenden in zunehmendem Maße von der konkreten parlamentarisch-politischen Arbeit und von den demokratischen Institutionen abgestoßen fühlten und differenziert sie in „prinzipiell-vehemente“, „moderat-unauffällige“ sowie „konventionell-formale“ Demokraten mit ihren je spezifischen Gefährdungspotenzialen.¹⁶²⁹ Insgesamt hält er einen „tiefgreifenden Wandel im Demokratieverständnis“ der Studierenden fest: Kontroverse bzw. konflikthafte Elemente der Demokratie traten erkennbar auf ein zunehmend geringeres Verständnis; im Grunde optierten die Studierenden 2004 und 2007 demnach „für eine ‚große Koalition‘ bei geringer Opposition“.¹⁶³⁰ Und noch eine weitere grundlegende Veränderung fiel auf: Studierende schreckten in einem solchen Maße vor „Festlegungen“ und öffentlichen Positionierungen zurück, neigten in derart bedenklicher Weise zu labilen „diffusen“ Haltungen und zur Distanzierung von demokratischer Pluralität bzw. Konfliktivität, dass schließlich das demokratische Potenzial nachhaltig beschädigt werde;¹⁶³¹ als „labile Demokraten“ werden sie mithin tituliert.¹⁶³²

Auch in den Zustimmungswerten zu gesellschaftspolitischen Zielen macht sich für die betrachteten Jahre ein Trend zu einem restriktiveren Schutz der bestehenden öffentlichen Ordnung und zu stärkeren materiellen Orientierungen geltend: Die Befürwortergruppe einer „harten Bestrafung von Kriminalität“ wuchs zwischen 1993 und 2007 von 67 auf 73 Prozent (während die Gruppe der ablehnenden Stimmen von 20 auf 14 Prozent schrumpfte), die Abwehr „kultureller Überfremdung“ wünschten sich statt 18 Prozent (1993) nunmehr 32 Prozent (2007). Zugleich wünschte sich eine größere Zahl der Studierenden eine „verstärkte Förderung technologischer Entwicklungen“ (79 Prozent 2007 statt 58 Prozent 1993), eine geringere Zahl favorisierte die „Priorität des Umweltschutzes vor wirtschaftlichem Wachstum“ (72 Prozent 2004 bzw. 76 Prozent 2007 statt 90 Prozent 1993). Die Gleichstellung der Geschlechter bleibt durchweg eines der wichtigsten politischen Ziele, auch wenn Zahl der entschlossenen Verfechter von 85 Prozent (1985) auf 71 Prozent (2007) sank.¹⁶³³ Insgesamt blieb eine Vorstrukturierung der politischen Zielhierarchien durch die politisch-weltanschaulichen Grundhaltungen („kom-

1629 „Die prinzipiell-vehementen Demokraten finden sich vor allem in den Sozialwissenschaften und im Sozialwesen sowie in den Geistes- und Sprachwissenschaften; für sie ist zumeist die Kluft zwischen demokratischen Prinzipien und demokratischer Wirklichkeit besonders groß; ihre Kritik an Parteien und Politik härter. Die moderaten-unauffälligen Demokraten sind am häufigsten in den Naturwissenschaften und in der Medizin vertreten; ihr politisches Interesse und Engagement ist zwar geringer, sie erscheinen aber zugleich wenig durch anti-demokratische Tendenzen verführbar; Die konventionell-formalen Demokraten sind häufig in der Rechtswissenschaften an Universitäten zuhause sowie in den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen wie Universitäten; sie vertrauen überwiegend den vorhandenen Institutionen, äußern nur wenig Reformbedarf und setzen mehrheitlich auf Ruhe und Ordnung. Bei diesen jeweiligen Typen bleiben spezifische Gefährdungen zu beachten: Beim konventionellen Typus kann formaler Legalismus zu blinder Anpassung führen, auch an unververtretbare Verhältnisse. Beim prinzipiellen Typus vermag Kritik und Idealismus dogmatisch zu erstarren und in sektiererischen Aktionen enden. Derartige Gefährdungen sind bei gewissen Teilen der Studierenden durchaus zu beobachten.“ Bargel: Wandel des politischen Bewusstseins, S. 6.

1630 Ibid., S. 22.

1631 Ibid.

1632 Ibid., S. 26.

1633 Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 220, vgl. auch Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 17.

munistisch“, „grün/alternativ“, „sozialdemokratisch“, „liberal“, „christlich-konservativ“, „national-konservativ“) erhalten, allerdings in eher schwindenden Konturen: Es ist für die Erhebung von 2007 nur noch von einer „gewisse[n] Lagerbildung“ die Rede.¹⁶³⁴

Angesichts der Kontrastfolie der 1970er und 1980er Jahre schienen diese Zahlen zunächst ein drastisch gesunkenes politisches Potenzial unter den Studierenden nahezulegen. Es hatte sich offenbar weder die Bereitschaft zu Demonstrationen noch zu „öffentlich-aggressivem“, d. h. zu Boykottaktionen und Institutsbesetzungen bereitem Protest zwischen 1983 und 2007 erkennbar reduziert; nur etwa ein Drittel der Studierenden zeigte sich dem gänzlich abgeneigt.¹⁶³⁵ Und tatsächlich meldeten die Studierenden gegen Ende der 2000er Jahre deutliche Zweifel an der Gerechtigkeit sozialer Unterschiede in der Bundesrepublik an, insbesondere auch an der Gültigkeit des Leistungsprinzips als Vehikel des sozialen Aufstiegs, eine Verschärfung seit den 1990er Jahren.¹⁶³⁶ Ihr Gesellschaftsbild fiel somit restriktiv, chaotisch, kaum noch normen- oder wertedurchwirkt aus, was auch das verlegene, fast trotzige Ausweichen auf vereinzelte optimistische Züge kaum verbergen kann.¹⁶³⁷ Dass hierin ein gravierendes Frustrationspotenzial liegen könnte, ist eine naheliegende Schlussfolgerung.¹⁶³⁸ Mit Blick auf die weitgehend zergangenen politischen Konfliktlinien war allerdings auch 2007 schon fraglich, ob und inwiefern sich dieses weiterhin vorhandene Potenzial überhaupt noch im Sinne einer breiteren, organisierten und weltanschaulich gebündelten „Bewegung“ realisieren mag.¹⁶³⁹

Im diametralen Gegensatz zu jenen Beiträgen, die in den 1970er Jahren die Ursachen des vorwiegend linksradikalen studentischen Protests ergründeten, ist es daher nun nicht mehr die drohende Radikalität bzw. Polarisierung der Studierendenschaft gewesen, die konsternierte Kommentare auslöste, sondern gerade deren Positierungsmüdigkeit und Apathie in Fragen politischer Praxis. So resümiert Tino Bargel, Mitgründer und langjähriger Mitarbeiter des *Studierendensurveys* mit dem Schwerpunkt politischer und gesellschaftlicher Orientierungen, schon 1998, dass Studierende zwar „mehrheitlich nicht als apathisch bezeichnet werden“ können, da sie „überwiegend und noch immer ein relativ aktives und mitgehendes Publikum (eher buhend als applaudierend)“

1634 Vgl. Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 17-19.

1635 Ibid., S. 43-45.

1636 Vgl. ibid., S. 35f.

1637 Vgl. ibid., S. 36f.

1638 „Der sich stabilisierende Trend eines Zweifels an fairen Aufstiegschancen und an der Geltung des Leistungsprinzips ist für die junge Generation der Studierenden besonders problematisch, insbesondere für die Bildungsaufsteiger unter ihnen, für die der Hochschulbesuch eine besondere Leistung bedeutet.“ Ibid., S. 35.

1639 „Das Protestpotential, auch in aggressiver Weise, ist unter den Studierenden groß genug, so dass es jederzeit aufflammen kann. [...] Ob es sich allerdings um mehr als ein ‚Strohfeuer‘ des Protestes handelt, das hängt einerseits von den Reaktionen der Instanzen an den Hochschulen und in der Politik ab, andererseits vom Umstand, ob sich daraus ein auf Konzepten und Prinzipien gegründete Bewegung bildet. Breitere und schärfere Formen, auch in langfristiger Weise, erhält der Protest mit höherer Aggressivität erst dann, wenn eine ‚System – und Machtfrage‘ damit gestellt wird. Eine solche ‚Protestwelle‘ größeren Ausmaßes ist für den nächsten Zeitraum nicht absehbar. Sie könnte sich erst mit einer neuen Studentengeneration bilden.“ Ibid., S. 45.

seien.¹⁶⁴⁰ Stark zurückgegangen aber sei die Fähigkeit zum aktiven politischen Engagement insbesondere in der Hochschulpolitik und insbesondere unter Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften, zur Herausbildung von Organisationskompetenz und zum Wahrnehmen eines „selbstbewußten politischen Mandates“; so seien sie „viel seltener als früher engagiert oder bewegte Akteure, noch seltener Gladiatoren in der politischen Arena oder Funktionäre in Organisationen und Gremien.“¹⁶⁴¹ Dazu geselle sich die Renaissance konventioneller und materieller Orientierungen sowie das völlige Verpuffen „weitreichender System- und Herrschaftskritik“: Weder die bis in die frühen 1970er Jahre prägenden sozialistisch-kommunistischen Ideen¹⁶⁴² noch die bis zu den frühen 1990er Jahren auffindbaren alternativen Orientierungen erfreuten sich noch substanziellen Rückhalts. Insgesamt mangle es an Kohärenz der zunehmend „diffus und disparat“ ausfallenden politischen Orientierungen.¹⁶⁴³ Auch der Studierendenstreik von 1997, so gesehen ein „Strohfeuer“, habe keine breitere Politisierung über den unmittelbaren Aktivistenkreis hinaus bewirken können: „Studierende lassen sich lieber auf Ideen und Bewegungen ein, verbunden mit Betätigungen in informellen Aktionen und Gruppierungen.“¹⁶⁴⁴ Eine Entwicklung, die sich allerdings bereits seit Kriegsende angedeutet habe. Insgesamt mache sich „eine eigentümliche Gleichgültigkeit breit, ein Rückzug auf die Zuschauerrolle. Eine Mischung aus Ernüchterung und Resignation ist eingetreten.“¹⁶⁴⁵ Bedenklich sei das unter anderem deshalb, weil Gleichgültigkeit auch Verantwortungslosigkeit bedeuten könne, ferner weil „ein egoistischer Individualismus mit manchen Zügen des sozialen Autismus und der Inhumanität“ sich insbesondere „bei jenen“ bemerkbar mache, die „an die Schalthebel der Macht streben“.¹⁶⁴⁶ Eine angesichts des historischen Vorlaufs besonders entscheidende Beobachtung verdient hier hervorgehoben zu werden: „[D]ie ‚Friedensbewegung‘ war die letzte dieser Art, die noch größere Teile der Studentenschaft erfaßt hat.“¹⁶⁴⁷

Bei vielen, die sich politisches Engagement vonseiten der Studierendenschaft wünschten – sei es, weil sie sich davon Innovationskraft für den „Standort Deutschland“ oder einen Motor linkssozialistisch-reformerischer Bestrebungen erhofften –, wuchs sich der Bedeutungsschwund der Thematik des politischen Potenzials von Studierenden gegen Mitte der 1990er Jahren nachgerade zu einer Protestnostalgie aus. Nicht nur beklagten alarmistische Stimmen – angesichts eines Rückgangs der Hochschullehrern bei wachsenden Studierendenzahlen und angesichts der vielerorts

1640 Bargel: Wandel des politischen Bewußtseins, S. 3.

1641 Ibid.

1642 Hier ignoriert Bargel allerdings eines der zentralen Ergebnisse der Studie zur „unruhigen Generation“ von Wildenmann und Kaase, nämlich dass die Mehrheit der linken Studierenden Ende der 1960er Jahre gerade nicht die revolutionären Ziele des SDS teilte, sondern die linksradikale Rhetorik zuvörderst nutzte, um ihr Bedürfnis nach partizipationsfördernden gesellschaftlichen Reformen zu verbalisieren. Vgl. Wildenmann/Kaase: „Die unruhige Generation“, S. 56 sowie Demirović: Die politische Metapher „links“, S. 372.

1643 Bargel: Wandel des politischen Bewußtseins, S. 4.

1644 Ibid., S. 3.

1645 Ibid., S. 7.

1646 Ibid., S. 13.

1647 Ibid., S. 7 (Herv. J. S.)

schlechten finanziellen Studiensituation den Niedergang der Universität und der vermeintlichen vormaligen verantwortungsbewussten Autonomie der Wissenschaft – ein „politisches Vakuum“ unter den zunehmend „politikverdrossenen“ Studierenden.¹⁶⁴⁸ Ungefähr 30 Jahre nach „1968“ richtete sich der Blick insbesondere auch auf jenen „umworbenen akademischen Nachwuchs“ als Adressaten des Reformwunsches:

„Nicht wenige wünschen, sie [die Studierenden, J. S.] würden endlich politisch agieren, nicht immer nur abwarten. Hatte nicht auch Ende der sechziger Jahre eine StudentInnengeneration einen längst überfälligen Modernisierungsschub bewirkt, der zum Bau des ‚Modell Deutschland‘ notwendig war? Hatte eine rebellische Studierendengeneration nicht geholfen, endlich die totgeschwiegene Nazi-Vergangenheit öffentlich zu machen und zu bewältigen, die Wirtschaftswunder-Gesellschaft zu zivilisieren?“¹⁶⁴⁹

So beklagt der Soziologe und Politikwissenschaftler Alex Demirović 1996 in der Zeitschrift *PROKLA* die Entpolitisierung der Studierendenschaft unter Bezug auf eine auch von ihm durchgeführte Umfrage¹⁶⁵⁰ an hessischen Hochschulen im Sommersemester 1994. Trotz der desolaten, ja unzumutbaren Studiensituation an deutschen Universitäten komme es „kaum zu relevanten Protesten von seiten [sic] der Studierenden.“¹⁶⁵¹ In seiner Analyse der Ergebnisse stellt er auch die Frage nach der verbliebenen Aussagekraft des politischen Richtungsschemas „Links/Rechts“ und kommt zu dem Ergebnis, dass eine Mehrheit von 61 Prozent der Studierenden sich weiterhin selbst als „links“ einstuft, was durchaus präzise ein „spezifisches Bündel von Orientierungen“ bedinge, nämlich eine Unterstützung des Sozialstaats, eine „weitere Realisierung von demokratischen Normen“ sowie „eine antinationalistische und antirassistische Haltung“. Zugleich aber sei nur ein kleiner Teil von ihnen für grundsätzlich alternative Gesellschaftsformen zu begeistern, und die meisten haben in ihrer grundsätzlichen Sympathie gegenüber freier Marktwirtschaft und privatem Unternehmertum Schwierigkeiten mit der einst so konstituierenden Kapitalismuskritik.¹⁶⁵² Insgesamt und vor dem Hintergrund einer verbreiteten „Politikverdrossenheit“ unter Studierenden (29 Prozent gaben an, deutlich politikverdrossen, weitere 45 Prozent, es teilweise zu sein; auch unter „Linken“ waren nur 10 Prozent in studentischen Politgruppen aktiv, 18 Prozent in Fachschaften, 3 Prozent in Studierendenparlamenten und AStAs¹⁶⁵³) aber kommt Demirović zu dem Schluss, dass auch die politische Metapher „links“ stark an Kontur, Attraktivität

1648 Vgl. für einen Debattenüberblick und eine Bestandsaufnahme, die viele der hier referierten Punkte aufgreift und empirische Studien der 1970er und 1980er Jahre referiert, ferner Kiel: Studierende und Politik, S. 13-18 und S. 115-118. Vgl. ferner Fritz-Vannahme: Humboldts Erbe wird verspielt, sowie Kapitel II.1 dieser Studie. Das Schlagwort des „politischen Vakuums“ stammt aus Studie von Rainer Brämer, vgl. Brämer, Rainer: Studis im Vakuum. Empirische Befunde zum politischen Rückzug der studentischen Jugend, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 46, H. 4/1993, S. 194-200, zit. nach Demirović, Alex/Paul, Gerd: Demokratisches Selbstverständnis.

1649 Oberndörfer, Ralf: Studentische Politik oder politische StudentInnen, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Jg. 26, H. 104/1996, S. 395-414, hier S. 395.

1650 Demirović/Paul: Demokratisches Selbstverständnis.

1651 Demirović: Die politische Metapher ‚links‘, S. 371.

1652 Ibid., S. 372 und 382f.

1653 Ibid., S. 386.

und vor allem an „artikulatorische[r] Kraft“ eingebüßt habe¹⁶⁵⁴ – insbesondere weil sich selbst die von ihm so rubrizierten „pluralistischen Konservativen“ politisch links verorteten.¹⁶⁵⁵ Zugleich wurden, auch aufgrund der bröckelnden politischen Resistenzkräfte, die Aussichten einer neurechten Mobilisierung, Ausgangsfrage der zugrunde liegenden Studie, unter konservativen und unpolitischen Studierenden und über das Vehikel populistischer Agitation im Sinne vermeintlicher Ideologiefreiheit als potenziell günstig eingeschätzt.¹⁶⁵⁶

Etwa ein Jahrzehnt darauf, ausgerechnet im Jahr des Bildungsstreiks 2009, konstatierte Bargel infolge einer Längsschnittbetrachtung auf der Grundlage des *Studierendensurveys* von 1983 bis 2007, mit unvergleichlicher Schärfe das Heranwachsen einer „ratlosen“, d. h. teilnahmslosen und uneindeutigen Generation, eine „der Konventionalität und der labilen Demokraten“.¹⁶⁵⁷ Die angeführten subkutanen Tendenzen, die sich im Antwortverhalten geltend gemacht hätten, zeichnen das Bild einer ganz und gar solipsistischen und entscheidungsunfähigen Studierendenschaft: „Beliebigkeiten und Gleichgültigkeiten“ prägten die Zahlen, nicht mehr die selbstbewusste Stellungnahme; Privatismus und „Rückzug in die Familie“ lösten das einstige „Engagement am öffentlichen Leben“ ab; statt Alternativen und Handlungsoptionen auszuloten, bescheide man sich konformistisch mit Gegebenheiten. Unsicherheit, die Furcht vor Misserfolg und Opportunismus der Studienplanung dominiere die Handlungsstrategien; Idealismus und Selbstverwirklichungsinteressen, gar die Übernahme von Verantwortung, seien vollständig hinter einer Neigung zum „egoistischen Konsumieren“ zurückgetreten.¹⁶⁵⁸ Mehr noch: Die politischen Orientierungen bezeugten eine gravierende Erosion ordnender und sinnstiftender Strukturen, mithin durch eine größere „Anomie“.¹⁶⁵⁹ All das wird zugleich aber auch als Ergebnis objektiver Veränderungen identifiziert: Grundierende gesellschaftliche Entwicklungen sind Bargel zufolge die Durchsetzung einer „postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft“ bzw. „Wissensgesellschaft“

1654 Ibid., S. 389–391, vgl. außerdem Demirović/Paul: Demokratisches Selbstverständnis, S. 243f.

1655 Demirović/Paul: Demokratisches Selbstverständnis, S. 241.

1656 Vgl. *ibid.*, S. 243–245. Die Studie führte eine standardisierte Befragung und mehrere Gruppendiskussionen durch. In den quantitativen Zahlen zerfiel die hessische Studierendenschaft in folgende „politische Meinungsmilieus“ bzw. „Typen politischer Orientierung“: 14 Prozent „linke Basisdemokraten“, 10 Prozent „linke Pessimisten“, 16 Prozent „unsichere Linke“, 18 Prozent „optimistische Linksliberale“, 9 Prozent „Unpolitische“, 7 Prozent „pluralistische Konservative“, 10 Prozent „Neokonservative“ und 13 Prozent „Rechte“, *ibid.*, S. 217–237. Diese zunächst recht artifiziell erscheinende Kategorisierung erweist ein gewisses analytisches Potenzial als „Modellierungsversuch“ insofern, als sie eine differenzierende Antwort auf die initiale Frage nach neurechter Verführbarkeit erlaubt: Man konnte u. a. zeigen, dass ein linkes Selbstverständnis *per se* wenig Aussagekraft besitzt, da bspw. auch bestimmte rechte Meinungsgruppen es teilen, während nur die linke Teilgruppe der „Basisdemokraten“ weltanschaulich homogen auftritt und sich insofern resilient gegen derartige Agitation zeigt. Dennoch bleibt diese insgesamt letztlich subsumtionslogische Einteilung hinter dem mit drei verschiedenen Dimensionen arbeitenden analytischen Niveau der Studie von Habermas et al. zurück, insbesondere da nach übergeordneten ideologischen Deutungssystemen, die das Antwortverhalten der Studierenden konstituieren mögen, nicht mehr gefragt wird.

1657 Bargel: Die ratlose Generation, S. 1.

1658 Ibid.

1659 Ibid., S. 2.

und die durch sie bedingten Flexibilitätsimperative, die Globalisierung bzw. Internationalisierung der Lebensbedingungen und Hochschulen, ein Wertewandel unter individualistischen und hedonistischen Vorzeichen, eine komplexer gewordene politische Kultur sowie die veränderte „soziale Rolle“ der Studierenden als durchkonditionierter Anwärter auf „berufsbefähigende“ Kompetenzen ohne Raum für „außerfachliche, politische oder kulturelle Aktivitäten“.¹⁶⁶⁰

Insgesamt haben die ersten zwanzig Jahre der „neuen“ Bundesrepublik also, spitzt man insbesondere die Längsschnittbetrachtungen Bargels zu, zu einer Metamorphose der Studierenden von „sattelfesten“¹⁶⁶¹ in politisch weitgehend desinteressierte „labile Demokraten“¹⁶⁶² geführt, zu einer Erosion der „Gefestigkeit“ ihrer demokratischen Überzeugungen und gerade dort zu weltanschaulichem Orientierungsverlust, wo einst politische Lager Deutungsangebote offerierten. Interessanterweise aber wird daraus nicht gefolgert, dass das politische Potenzial der – Konfliktivität und Pluralität mehrheitlich ablehnenden – Studierenden, insbesondere deren Protestpotenzial, abgenommen habe. Denn nicht nur standen der Masse der „entpolitisierten“ Studierenden weiterhin engagementkräftige Aktivistenkreise gegenüber. Auch wird der Verzicht auf politische Partizipation im Bereich von Parteien, Organisationen, Politgruppen und Hochschulgremien durch einen erratisch erscheinenden Missmut gegenüber den verfügbaren Partizipationsmöglichkeiten konterkariert. Man ist also auch im Spitzenjahr des Konventionalismus 2007 keineswegs harmonisch „angepasst“, sondern diffus unzufrieden.¹⁶⁶³

II.3.4 Rückkehr der Politik in die Survey-Berichte und fortgesetzter Trend zur weltanschaulichen Fragmentierung: die 2010er Jahre

Im Sommersemester 2010 führten Mitarbeiter des Studierenden surveys und des Hochschul-Information-Systems (HIS) Hannover eine gesonderte Online-Erhebung durch. Die ohnehin fast nur noch residualen Konfliktfronten unter den Studierenden lösten sich demnach weiter auf, insbesondere die Anhängerschaft einer grundsätzlichen „Systemkritik“ dezimierten sich; soziale Sekuritäten und eine starke Orientierung an der Herkunftsfamilie gewannen demgegenüber zunehmend an Wichtigkeit.¹⁶⁶⁴ Noch einmal wird hier – wenngleich äußerst zurückhaltend und unter explizitem Degout gegenüber derartigen „einprägsamen Etikettierungen“ – die Frage nach den Konturen einer „Studentengeneration 2010“ gestellt.¹⁶⁶⁵ Hier stellte man eine gewachsene „Angst vor Misserfolg“ fest und bezeichnete die mit dieser verbundenen, zunehmend verbreiteten „Befürchtungen, trotz aller eigenen Anstrengung und bei

1660 Ibid., S. 3f. sowie Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 4f.

1661 Bargel, Tino: Studierende und Politik im vereinten Deutschland. Bildung-Wissenschaft-aktuell, H. 3/1994.

1662 Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 26.

1663 Ibid.

1664 Bargel, Tino/Simeaner, Hans: Gesellschaftliche Werte und politische Orientierungen der Studierenden. Online-Erhebung im Rahmen des Studierenden surveys im Sommer 2010, Bonn/Berlin 2011, S. 13.

1665 Ibid., S. 5 und S. 14.